



II - 235 der Beilagen zu den Steuergesetzlichen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

DER BUNDESKANZLER

Z1.353.100/45-III/4/79

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0222) 66 15/0

3. September 1979

100/AB

An den

Präsidenten  
des Nationalrates,  
Anton BENYA

Parlament  
1017 Wien

1979-09-04

zu 106/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. KEIMEL und Genossen haben am 10. Juli 1979 unter der Nr. 106/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend bevorstehende Belastungen der Bevölkerung gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist seitens der Bundesregierung bis Ende 1980 die Erhöhung bzw. Neueinführung von Steuern, Zöllen, Beiträgen, Monopol- oder sonstigen Preisen, Gebühren, Tarifen und anderes mehr bzw. die Einschränkung bestehender Begünstigungen geplant?
2. Wenn ja, um welche konkreten Maßnahmen handelt es sich hierbei?
3. Welche Belastungen der Bevölkerung sind für wann vorgesehen?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Zu den Fragen 1 bis 3 :

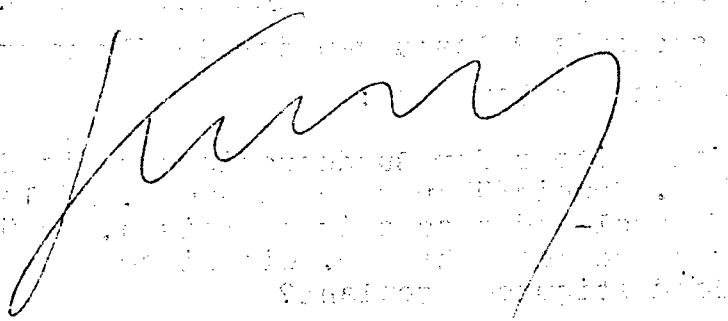
Es wird von der wirtschaftlichen Entwicklung bzw. von zahlreichen

-- 2 --

anderen, teilweise außerhalb des Einflusses Österreichs gelegenen Aspekten abhängen, ob und gegebenenfalls in welchem Ausmaß und zu welchem Zeitpunkt Maßnahmen notwendig sein werden, wie sie in der Anfrage als "Belastungen der Bevölkerung" angeführt wurden. Zur Zeit wäre es zu früh, konkrete Angaben zu machen, da die Prognosen bis Ende des Jahres 1980 derzeit mit besonders großen Unsicherheitsmargen behaftet sind.

Ich bitte daher um Verständnis, daß eine substantielle und generelle Beantwortung der Anfrage derzeit nicht möglich ist, dies umso mehr, als sich im Laufe der Budgetverhandlungen für das Jahr 1980, die auf Minister- und Regierungsebene am 6. September 1979 beginnen und erst bis 15. September 1979 abgeschlossen sein werden, bestimmte Maßnahmen zur Budgetverbesserung ergeben können.

Im übrigen darf ich auf die Beantwortung von ähnlichen Anfragen, die an die Mehrzahl der Mitglieder der Bundesregierung gerichtet wurden, verweisen und die dieses Thema aus der Sicht des jeweiligen Ressorts beleuchten.



Karl Schmidhofer  
Bundeskanzler  
OÖ Landeshauptmann